

Volks-Zeitung

Die Deutschen in Lettland.

Um den Wortbruch der lettischen Regierung.

Kurz vor Abschluß des Friedensvertrages bedröht Wolff Baranowski die deutsche Regierung mit dem Wortbruch der lettischen Regierung.

Dem Führer der lettischen Delegation in Berlin, **Baranowski**, wurde heute vom Reichsminister des Innern **Georg Meißner** folgende Worte übergeben: Die deutsche Regierung verurteilt aufs schärfste die am 24. August in Wilna von deutschen Truppen gegen lettische Soldaten und Wehrmänner verübten Gewalttätigkeiten und spricht der lettischen Regierung ihr lebhaftes Bedauern über diese Verbrechen aus. Ohne diese Verbrechen irgendwie entschuldigen zu wollen, gab die deutsche Regierung doch, die lettische Regierung auch bei dieser Gelegenheit auf die Ursachen der äußerlich gerechten Entimmung eines Teils der deutschen Truppen aufmerksam machen zu müssen. Ein Teil der deutschen Soldaten ist in hohem Grade erbittert darüber, daß die lettische Regierung den lettischen Soldaten zu einer Zeit, als ihr deutsche militärische Hilfe unentbehrlich schien, das Recht an Einbürgerung gab und damit Niederlassung und Ansiedlung in Lettland eröffnete, daß sie dieser nunmehr aber jede Annahmefähigkeit abspricht. Zehnmalig versucht die deutsche Regierung mit dem ihr zu Gebote stehenden Mitteln, insbesondere auf dem Wege hiesiger Botschaften, der Truppen durch ihre Führer, weiteren Ausbrüchen dieser verbrühten Entimmung vorzubeugen und die Truppen zur Aufgabe des Widerstandes gegen den von ihr gegebenen Befehl zur Scheinung und vollständigen Rückzug aus Lettland zu bewegen. Die deutsche Regierung ist die Hoffnung aus, daß sie hierdurch zu dem von ihr erstrebten Ziele der Beseitigung weiterer Unmuthigkeiten der deutschen Truppen in Lettland, gelangen wird.

Wir haben im heutigen Morgenblatt den Beschluß des deutschen Kabinetts, Lettland beschleunigt zu räumen, veröffentlicht. Der General Graf v. d. Golz und die Geleiten können nun abreisen, das sie zu Unrecht für Gegenwehrfähige gehalten worden sind, indem sie dem ersten Befehl unerschrocken nachkommen. Am 1. September, nämlich heute Mittag, der frühere General in Lettland, die Entlassungserklärung der Generalen Stibitz und damit auch des Kommandos mit Lettland. Die Vollziehungen rücken bei dem Rückzuge der deutschen Truppen Anfang Dezember 1918 schon vor.

„Um die Wehrmacht zu entlasten, hat sich die deutsche Regierung entschlossen, die deutschen Soldaten in Lettland zu entlassen. Diese Soldaten werden nach dem 1. September nach Lettland abgezogen. Die deutschen Soldaten werden nach dem 1. September nach Lettland abgezogen.“

Unabhängig von der lettischen Regierung aber in engster Zusammenarbeit mit ihr, war eine deutsch-baltische Freiwilligenabteilung gebildet worden, die den Namen „Baltische Landeswehr“ erhielt und ebenfalls von der lettischen Regierung als ein Hilfsmittel der lettischen Regierung wurde. Sie trat am 21. September auf der Riga ein. Am 23. fand die englische Botschafter eine Drohansprache zu mir und erwiderte mich um eine Erklärung die nach dem gleichen Tage an den deutschen Botschafter in Lettland. Sie erklärte die Soldaten, die nach Lettland abgezogen werden, sind die lettische Regierung zu unterstützen. Sie erklärte die Soldaten, die nach Lettland abgezogen werden, sind die lettische Regierung zu unterstützen.

In der Nacht vom 2. zum 3. Januar verließen die letzten deutschen Soldaten das an einigen Stellen dänische Riga, und am nächsten Morgen wurde die lettische Regierung in die Stadt. Das ging mit der lettischen Regierung zunächst nach Riga und einige Tage darauf, nachdem sich herausstellte, daß wir auch Riga nicht würden halten können, am 8. Januar, nach Riga. Riga wurde von den lettischen Soldaten, die nach Lettland abgezogen werden, sind die lettische Regierung zu unterstützen.

Nach Amerika befreit die Gefangenen.

Nur Frankreich wartet bis zur Ratifizierung. — Sofortige Heimbeförderung der Zivilinternierten.

Berlin, 6. September.

Das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Abteilung für Flüchtlingsfürsorge, teilt mit: Nach Erkundigungen, welche die Schweizer Gesundheitskommission beim französischen Ministerium des Innern eingeholt hat, sollen die in englischer und amerikanischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen und amerikanischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen erst nach Ratifizierung des Friedensvertrages zur Auslieferung kommen, wobei mit dem Januar begonnen wird. Die Zivilinternierten in Frankreich werden sofort freigelassen.

Am 18. September?

Bern, 6. September. (Z. R.)

Die „Gazette de Paris“ erzählt, daß Ministerpräsident Clemenceau in der letzten Sitzung des Kongresskomitees die Erklärung abgegeben, daß die französische Regierung beabsichtigt, die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland bis zum 18. September vollziehen zu lassen.

Heimkehr aus Serbien.

Paris, 5. September. (Privat.)

Ein Entzug mit den ersten unversehrten Kriegsgefangenen aus Serbien und Albanien ist über Belgien

deutschland hier eingetroffen. Die Kriegsgefangenen wurden vom Roten Kreuz versorgt und traten die Heimreise an.

Die Wiedereinstellung der Kriegsgefangenen.

Durch Verordnung wurde den Arbeitgebern die Verpflichtung auferlegt, die früher von ihnen beschäftigten Kriegsgefangenen wieder einzustellen. Grundsätzlich und in erster Linie kann der Arbeitgeber die Einstellungsvoraussetzungen an den Arbeitgebern, der ihn beim Kriegsausbruch beschäftigt hat, nach den neuen Verhältnissen auch andere Möglichkeiten vorgehen. Die früheren die Arbeiter betreffenden Bestimmungen des Beschäftigungsmittelgesetzes beschränken die Arbeitsmöglichkeiten nur auf gewerbliche Arbeiter, die in Betrieben mit weniger als zehn Arbeitern tätig gewesen sind. Die neuen Vorschriften kennen keinen Unterschied zwischen gewerblichen und sonstigen Arbeitern, z. B. den landwirtschaftlichen; sie sind auch nicht auf eine bestimmte Betriebsgröße beschränkt. Natürlich muß auch jetzt wieder die Einstellungsvoraussetzung des Kriegsausbruches halt machen, eine Wiedereinstellung verbietet. Im Streitfall steht die Entscheidung dem Arbeitgeber zu. Die Gewerkschaften über die Streckung der Arbeit durch Verletzung der Arbeitszeit finden neuerdings auch auf die Angehörigen Anwendung. Während bisher die Frist für die Meldung der Kriegsgefangenen beim alten Arbeitgeber allgemein auf zwei Wochen befristet war, ist sie nunmehr für die Kriegsgefangenen und Zivilinternierten auf sechs Wochen verlängert worden.

Oesterreich unterschreibt.

Ein Beschluß des Hauptauschusses.

Wien, 5. September.

Der Kabinettsrat beschloß nach der Beratung des Friedensvertrages, die Ratifizierung des Nationalparlamentes die Annahme zu empfehlen. In der heutigen Sitzung des Hauptauschusses der österreichischen Regierung über die Verhandlungen in Saint Germain und darüber, ob es notwendig ist, den vorgelagerten Vertrag zu unterschreiben. Der christlich-sozialer Kaiser dankte unter allgemeiner Zustimmung Staatskanzler Renner und dessen Mitarbeiter für die ungeschwehrt Arbeitsleistung der letzten Monate. Der Hauptauschuss beschloß, der Nationalparlament den Antrag zu unterbreiten, den Vertrag zu ratifizieren.

Bravo, Mecklenburg!

Die Bundesleitung des „Republikanischen Führerbundes“ macht uns folgende Mitteilung:

„Das Mitglied der Bundesleitung, Major Lange, das vor kurzem durch die brandenburgische Reichswehrbehörde wegen seiner Mitgliedschaft zum R. F. V. gemeldet wurde, ist von der brandenburgischen Regierung am 2. September als gelisteten Sicherheitspolizisten des Reichswehrbundes gemeldet.“

„Ob man sich in der Verberstraße von dem ehemals so rühmlichen Mecklenburg nicht ein wenig schämen wird?“

In Mecklenburg-Strelitz hat, wie der „Sens“ gemeldet wird, das Landesverwaltungsamt eine Verordnung herausgegeben, um die Landarbeiterschaft gegen Mahrregelung der Arbeitgeber wegen gemeinschaftlicher oder politischer Betätigung zu schützen. Danach werden Arbeitgeber, die vorzüglich solche Maßnahmen beantragen, auf Grund § 6 der Verordnung über landwirtschaftliche Beschäftigung vom 7. 11. 18 mit einer Geldstrafe bis zu 10000 Mark bestraft.

Ein Verdammungspruch gegen Legien.

In der letzten Generalsversammlung der Berliner Holzarbeiter wurde ein Antrag gegen Legien, den Vorherrscher der Generalarbeitsgemeinschaften, das Ausschlußverfahren einzuführen, gegen vier Stimmen angenommen. Dieser Antrag dürfte nur brüderliche Bedeutung haben, da der letzte Kongress der Generalarbeitsgemeinschaften die Gleichberechtigung der politischen Gruppen innerhalb der Verbände hergestellt hat und eine Verletzung Legiens aus dem Vorherrscher nur auf demokratischem Wege möglich wäre. Ob die Unabhängigen selbst in der Holzarbeitergemeinschaft so stark vertreten sind, daß sich eine Mehrheit für den Berliner Antrag findet, darf noch als zweifelhaft hingestellt werden.

Die militärische Sicherung Österreichs. Der Reichswehrminister hat angeordnet, daß nach vollständigen Inkrafttreten des Friedensvertrages Österreich mit mehr Truppen besetzt werden wird, als andere Teile Österreichs, um die von Reichswehr abgeleitete Provinz militärisch besser sichern zu können.

Die Stände Ruffens. Das Ständeparlament wird gemeldet. Der Ständeparlament hat sich von einem Minister nach Petersburg unterworfen. Der Vorfall macht die Presse gegen Russland eine Stände Ruffens, zu einer bringen. Hinter dem inländischen Vorgehen dürfte die Einheit liegen.

vertraglich vereinbart sei. Sie würden fernerhin von der lettischen Regierung des Bürgerrechts erhalten und demnach, wie jedes andere Bürger, das Recht, Land zu erwerben, aber eine Sanjzweckung dürfe man ihnen nicht verweigern, denn die lettische Regierung habe sich dazu noch nicht bereit erklärt.

Die einzelnen Landesverträge und noch mehr die einzelnen Landesverträge sind nicht fertig. Die lettische Regierung ist in der Lage, die lettische Regierung zu unterstützen. Die lettische Regierung ist in der Lage, die lettische Regierung zu unterstützen.

Wissen über den Dölkherbund.

Der Krieg als letzte Zukunft.

Amsterdam, 6. September.

Das Pressebureau Radio veröffentlicht ein Buch über den Dölkherbund. In der ersten unter anderem sagt: Die Währungsfrage und die Wirtschaftsfrage sind die wichtigsten Fragen und der Schiedsgerichtszweck sind, würden den Krieg fernhalten und ihn zu einer letzten Zukunft machen. Das Herz des Dölkherbundes ist die Weltwirtschaft, das Herz des Dölkherbundes ist die Weltwirtschaft, das Herz des Dölkherbundes ist die Weltwirtschaft.

Politische Nachrichten.

Der Reichsminister des Innern, Ministerpräsident Dr. Brüning, hat am 5. September die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland bis zum 18. September vollziehen zu lassen.

